

LIBERALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0884999

2/XIII/64 - 18. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	"Militärischer Status" Vorstufe zur Klärung der Situation	61
3 - 4	Peyrefitte und der Vatikan Eine Auseinandersetzung, an der ganz Italien teilnimmt	90
5 - 6	Die Planung des Chaos Bevölkerungsschutz im Ernstfall - Geheim!	73
7	Vor der aussenpolitischen Debatte CDU-Aktionsbüro mit "Zettelkasten"	48

* * * * *

"Militärischer Status"

G.M.- Die Diskussion um die Zukunft Deutschlands ist an einem Punkt angelangt, an den niemand, der es mit der Wiedervereinigung ernst meint, mit Ausweichmanövern um die Kernfragen herumkommt. Dazu haben nicht nur die allgemeine internationale Situation und die Vorbereitungen auf die Gipfelkonferenz beigetragen, sondern auch die beginnende Einsicht in Deutschland selbst, dass der bisher gegangene Weg nicht zur Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden führen kann.

Die Väter der These, Moskau durch eine sogenannte Politik der Stärke an den Verhandlungstisch zu bringen, wollen heute kaum noch etwas von ihr wissen. Die Abschwörung dieser Art von "Politik" vollzieht sich gerade jetzt in den Reihen derer, die in den vergangenen Jahren zu ihren eifrigsten Verfechtern gehörten.

Jede Überlegung, wie man aus der Sackgasse herauskommen kann, führt beinahe zwangsläufig zu der Feststellung: Die ehemaligen Siegermächte müssen sich über den militärischen Status des wiedervereinigten Deutschland einigen, bevor Aussicht darauf besteht, die politischen Probleme der jetzt sich auseinanderlebenden beiden deutschen Teilstaaten lösen zu können. Die Sache ist so einfach, dass man sich eigentlich wundert, wie wenige Politiker im Regierungslager schon früher darauf gekommen sind.

Für uns Deutsche ist die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ein nationales Problem. Für den Westen, wie für den Osten ist die Wiedervereinigung in jüngster Zeit immer mehr zu einem militärischen Problem geworden. Moskau befürchtet, dass ein wiedervereinigtes Deutschland Bestandteil der NATO werden könnte, während der Westen Sicherungen dagegen treffen möchte, dass Deutschland eines Tages Aufmarschgebiet einer gegen die Westmächte gerichteten östlichen Allianz sein könnte. Es wird sich also bei allen internationalen Verhandlungen über das zukünftige Schicksal Deutschlands oder seiner jetzigen beiden Teilstaaten um die Ausschaltung der hier angedeuteten Möglichkeiten handeln.

Nur ist es aber so, dass die ehemaligen Siegermächte wahrschein-

lich nur dann zu einer - zunächst theoretischen - Vereinbarung über den zukünftigen militärischen Status von Gesamtdeutschland gelangen werden, wenn sich der Osten und der Westen über die Einleitung einer weltweiten Entspannungspolitik einigen können.

Aus dieser Probestellung ergibt sich die Frage, was die deutsche Politik von sich aus tun kann, um den Entspannungsprozess zwischen Ost und West zu fördern. Bei Fortsetzung des Adenauerkurses, bei Ablehnung der Diskussion über den Rapacki-Plan (Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und Abzug der ausländischen Truppen aus der Bundesrepublik, der sogenannten DDR, aus der Tschechoslowakei und Polen) würde die Bundesrepublik überhaupt keinen Beitrag zur Entspannung zwischen Ost und West leisten können. Sie würde weiterhin durch eigene Schuld den Weg zu erfolversprechenden Verhandlungen über die Wiedervereinigung verbauen.

Der Kreis schliesst sich: Der militärische Status eines wiedervereinten Deutschlands ist die Vorstufe zur Klärung aller der politischen Fragen, die heute in der deutschen Öffentlichkeit mit Recht so scharf diskutiert werden. Dazu gehört selbstverständlich auch die Problematik des Begriffs "Konföderation", die Überlegung, ob und auf welcher Ebene weitere Gespräche über die Lösung innerdeutscher Fragen aufgenommen werden können und schliesslich auch der Friedensvertrag.

Je sachlicher die Diskussion über diesen ganzen Fragenkomplex geführt wird, umso grösser wird die Chance, aus der Verkrampfung herauszukommen, in der heute dieser oder jener Vorschlag zur Lösung des Deutschlandlandproblems gemacht, aufgegriffen oder abgelehnt wird. Diejenigen aber, die auf einer kommenden Gipfelkonferenz direkt oder indirekt über das Deutschlandproblem sprechen werden, sind zunächst daran interessiert, genau zu wissen, welchen militärischen Status dieses wiedervereinte Deutschland einnehmen soll.

- + +

Peyrefitte und der Vatikan

F.B. - Rom

"Zwei gleichzeitige Ereignisse", so schrieb kürzlich die links-liberale römische Wochenschrift "L'Espresso", "sind in hohem Maße bezeichnend und stehen in einem engen Zusammenhang miteinander: Die Weigerung des Bischofs von Prato, die Zuständigkeit eines italienischen Gerichtshofes anzuerkennen und der diplomatische Protest des Heiligen Stuhls bei der italienischen Regierung wegen des Artikels von Roger Peyrefitte, der in "Paese Sera" vom 23. Februar 1958 veröffentlicht wurde".

Tatsächlich hat das antiklerikal eingestellte römische Blatt nicht Unrecht, wenn es den Zusammenhang zwischen diesen beiden Ereignissen heraushebt. Zumindest wird ein solcher Zusammenhang allgemein als bestehend empfunden, in dem Sinne, dass man es in beiden Fällen mit Ankündigungen einer verschärften Auseinandersetzung der katholischen Kirche mit dem italienischen Staat zu tun hat. Der Vatikan und die von ihm abhängige Presse hat in den allerschärfsten Tönen gegen die Verurteilung des Bischofs von Prato durch die Richter von Florenz protestiert, die in der öffentlichen Stellungnahme des Bischofs gegen ein nur standesamtlich, aber nicht kirchlich getrautes katholisches Ehepaar den Pathestand der Ehrenbeleidigung für gegeben erachteten.

Der Ruf nach dem Staatsanwalt

Zur selben Zeit aber hat die römische Kurie von der italienischen Staatsgewalt das Einschreiten gegen einen in einer römischen Tageszeitung veröffentlichten Artikel des bekannten französischen Tageszeitung Roger Peyrefitte gefordert, durch welchen sich der Papst als gekränkt und geschmäht empfand. Wirklich hat die römische Staatsanwaltschaft - sei es vor, sei es nach der Überreichung des vatikanischen Protestes - unverzüglich sowohl gegen Peyrefittes als auch gegen den verantwortlichen Redakteur der Zeitung "Paese Sera" die Anklage wegen "Verunglimpfung des Papstes" erhoben. Aufgrund des zwischen Italien und dem Vatikan bestehenden Konkordats enthält nämlich das italienische Strafrecht die Bestimmung, dass Beleidigungen des Papstes denen des italienischen Staatsoberhauptes gleichzuachten und mit Gefängnis bis zu sieben Jahren zu ahnden sind.

Der inkriminierte Artikel Peyrefittes war ursprünglich für eine französische Zeitschrift geschrieben und betitelte sich "Das Rom der Päpste". Das römische Abendblatt "Paese Sera" druckte den Artikel mit Erlaubnis des Autors nach und löste damit eine vatikanische Generaloffensive gegen Peyrefitte aus. Sachlich enthält der Aufsatz Peyrefittes kaum etwas, das nicht längst allgemein bekannt wäre, doch musste die Aufzählung der vielfachen Zusammenhänge zwischen geistlicher und weltlicher Macht in Italien, der bedeutenden Positionen des Vatikans in finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes, insbesondere aber der geschäftlichen Schlüsselpositionen

von Familienmitgliedern des Heiligen Vaters in vatikanischen Kreisen einen peinlichen Eindruck erwecken. Dies umso mehr, als man dort auf Peyrefitte seit dessen scharf polemischen Buch "Die Schlüssel St. Peters" ohnedies schon äusserst schlecht zu sprechen war.

Prozess gegen Prozess

In diesem vor einigen Jahren erschienenen Buch zeichnet Peyrefitte kein ordentliches Bild von der geistigen und moralischen Beschaffenheit einiger vatikanischer Persönlichkeiten. Auch in seiner nachfolgenden Publikation "Die Malteserritter" ist Peyrefitte mit einigen führenden Persönlichkeiten der römischen Kurie recht unsanft umgesprungen, und insbesondere Kardinal Canali, einer der einflussreichsten unter den Kurienkardinälen, kam darin sehr schlecht weg.

Gleichzeitig mit der Überreichung der vatikanischen Protestnote eröffnete der "Osservatore Romano", das amtliche Organ des Heiligen Stuhls, eine Kampagne von grösster Heftigkeit gegen Peyrefitte.

Der französische Schriftsteller, der seit langen in Taormina auf Sizilien lebt, hat seine Rechtsvertreter sofort beauftragt, gegen den verantwortlichen Redakteur des "Osservatore Romano" eine Ehrenbeleidigungsklage einzubringen. Eine solche Klage müsste freilich vor dem vatikanischen Gerichtshof anhängig gemacht werden, da der "Osservatore Romano" auf dem Territorium der Vatikanstadt gedruckt wird. Es erscheint demnach sehr zweifelhaft, ob Peyrefitte mit seiner Initiative Glück haben wird.

Minister für Peyrefitte

Inzwischen sind in Taormina Solidaritätskundgebungen zahlreicher französischer und italienischer Persönlichkeiten des Kultur- und Geisteslebens eingetroffen, darunter auch ein Telegramm des italienischen Aussenhandelsministers Prof. Carli. Die Tatsache, dass ein Mitglied der christlich-demokratischen Regierung Zoli in aller Öffentlichkeit für Peyrefitte und somit indirekt gegen den Vatikan Stellung genommen hat, erregte natürlich grosses Aufsehen und hätte beinahe eine Kabinettskrise zur Folge gehabt. Prof. Carli ist jedoch das einzige Mitglied der gegenwärtigen Regierung, das nicht der Democrazia Cristiana angehört, und so konnte er in einer Aussprache mit dem Ministerpräsidenten diesen davon überzeugen, dass es sich bei seinem Schritt lediglich um eine private Kundgebung für seinen langjährigen Freund Peyrefitte, nicht aber um eine politische Aktion als Minister gehandelt habe.

Peyrefitte könnte natürlich dem gegen ihn eingeleiteten Verfahren dadurch die Spitzen abbrechen, dass er Italien verlässt. Offenbar aber denkt der streitbare Schriftsteller gar nicht daran, sondern scheint durchaus entschlossen, den Kampf vor den italienischen Gerichten durchzuführen - sei es, weil er von der legalen Unangreifbarkeit seiner Position überzeugt ist, sei es, weil er sich von diesem Prozess eine ausserordentliche Reklame für sich selbst und für seine Bücher erhofft.

Die Planung des Chaos

sp- Atom-Raketen, U-Boote, Panzer und Mißsüßiger stehen im Mittelpunkt der Diskussion über die westdeutsche Aufrüstung. Von der Keilseite der Aufrüstung, vom Schutz der Bevölkerung, wird nur am Rande gesprochen. Es existiert bereits das fatale Kuriosum, dass man über die Konstruktion und Abschussrampe einer Nike-Rakete alles erfahren kann, dass aber die Pläne, mit denen man im Ernstfall den Versuch machen muss, einige Menschen durch das Chaos hindurch zu retten, offiziell mit der größten Geheimhaltungsstufe belegt.

Abgeordnete sollen schweigen

So ist zum Beispiel in Schleswig-Holstein die merkwürdige Situation entstanden, dass Innenminister Dr. Lenke (CDU) sich vor allen Ländertagsausschüssen über die Vorbereitung eines Bevölkerungsschutzes in dem im Ernstfall besonders gefährdeten Schleswig-Holstein zu berichten. Vor dieser Unterrichtung sollen die Parlamentarier aber, die doch ohnehin in einem vertraulichen Ausschusssitzungen tagen, noch besonders auf Geheimhaltung verpflichtet werden. Der Minister hat bereits zu verstehen gegeben, was er die Unterrichtung denn un-terlassen müsste, wenn nur einer der Abgeordneten die schriftliche Geheimhaltungsverpflichtung verweigern würde.

Panik vor der Wahrheit

Vor dem Hintergrund dieser grotesken Situation, die sich nur mit der Panik der offiziellen Stellen erklären lässt, der Bevölkerung möglichst nichts über das zu erwartende Grauen zu sagen, ist es natürlich auch für den Journalisten unheimlich schwierig zu berichten, denn auch er ist der Gefahr ausgesetzt, wegen des Verrats von Staatsgeheimnissen angeklagt zu werden. Auf alle Fälle muss man, dass wirtschaftliche Versorgungszentren und Städte im grenznahen Raum und an der Küste die höchste Gefährtenklasse 1 bereits erhalten haben.

Hier ist offenbar davon ausgegangen worden, dass auch bei einer Kernweite von 500 km, wie sie moderne Grobrandgeräte besitzen, die Warnzeiten unter 15 Minuten liegen, wenn die todbringenden Raketen mit 2 000 Stundenkilometern beschleunigen. Da ohnehin fünf Minuten bis

zur Auslösung der Warnsysteme notwendig sind, bleiben heute nur noch höchstens 10 Minuten zum Aufsuchen der Bunker, die es ohnehin nicht gibt.

"Fachkundige Beente", in den Ministerien beschäftigt, sind bereits mit "Zielgebietsanalysen", um jedem Ort seine Gefahrenklasse zu geben. Je mehr Militär man in Stützpunkten hat, umso höher wird die Gefahrenklasse. Dabei gehen die Planer natürlich davon aus, dass aller "Tod" aus Richtung Osten geflogen kommt - eine Überlegung, die dann völlig illusorisch ist, wenn etwa die Amerikaner Atomtodesstrahlen schießen, um Durchbrüche abzuriegeln.

Evakuierung auch ins Ausland

Auf alle Fälle liegen in den Panzerschränken der Ministerien bereits grosse Karten mit roten und grünen Kreisen, wobei davon ausgegangen wird, dass die roten Kreise, in denen Städte mit Industrien, Kasernen und Versorgungslagern liegen, "Volltreffer erhalten" und die Bevölkerung in die grünen Kreise zu evakuieren ist. In den grünen Kreisen von der Grösse mehrerer Lenkreise sollen bezirkliche Regierungsorgane die Ordnung und Versorgung im Ernstfall aufrechterhalten, soweit es dann noch möglich ist. Dabei ist auch an die Evakuierung über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus in östlich besetzte Bezirke Frankreichs und Dänemarks gedacht.

"Es geht im Ernstfall allein um das moralische und biologische Überleben der Bevölkerung", erklären die "Planer des Chaos" und fügen gleich hinzu, dass sich die Bundesrepublik nicht im marktschächtlichen Sinne verteidigen lässt. Ihre grösste Sorge seien nämlich spontane Bevölkerungsbewegungen, welche die militärischen Operationen erschweren könnten. Dabei sei die Gefahr doch so gross, weil sich in wenigen Großstädten und Ballungsräumen die Ernährungsmitteleindustrie, die Energieversorgung, die Verkehrsmittel und nicht zuletzt auch die Krankenhäuser befänden. All das würde vernichtet werden.

Schutz für "hohe Persönlichkeiten"

Indes dürfen jedoch einige hochgestellte Persönlichkeiten der Bundesrepublik hoffen. Für sie werden bereits besonders gesicherte Telefon- und Funkverbindungen gerichtet, damit sie sich auch in Ernstfall verständigen können. Das soll den aus besagten Ausweich-Regierungsbunkern geschehen, deren Baubeginn, wie man hört, hier und da schon bevorsteht. Aber bei einem H-Bombentreffer würden auch die darin sitzenden "hohen Persönlichkeiten" mit uns allen zugrunde gehen. + + +

Vor der außenpolitischen Debatte.

FB. Man kann sich allseits in Bonn nicht daran erinnern, daß eine außenpolitische Debatte von allen Seiten so eifrig vorbereitet wird, wie die, die am Donnerstag im Bundestag beginnt. Besonders die CDU/CSU hat sich geradezu in eine Art Vorbereitungshektik hineingesteigert, und es soll sogar so weit gehen, daß man ein Aktions-Büro für die Debatte bereithält, das über den entsprechenden Zettelkasten verfügt.

Niemand kann den Fraktionen übel nehmen, wenn sie gut vorbereitet in die Debatte gehen wollen. Die Frage ist nur, welche Zielsetzung man dabei verfolgt. Der Bundeskanzler betrachtet die Vorbereitung seiner Fraktion offensichtlich nur unter dem einen Gesichtspunkt, nämlich die Schlappe vom 23. Januar wieder wertzumachen. Das Zitat: "Wir wollen keine Piligrimsarbeit in der Diplomatie leisten. Wir wollen ganz massiv vorgehen", ist zwar nicht völlig verbürgt, aber es entspricht durchaus dem Charakter des Bundeskanzlers.

Genau das aber wäre der schlechteste Dienst, den man dieser Debatte leisten könnte. Die außenpolitische Situation ist zu ernst, als daß man innenpolitisch "Revanche" nehmen müßte. Zudem gehören dazu zwei, nämlich einer, der Revanche nimmt, und der andere, der dazu Gelegenheit bietet. Diese Hoffnung, daß die SPD "der andere" sein könnte, sollte die CDU möglichst schnell aufgeben. Die Sozialdemokraten wünschen nicht, daß in dieser ersten Zeit die außenpolitische Debatte nur geführt wird, um ein innenpolitisches Küchlein zu kühlen. Wenn die CDU/CSU aber diesen Kampf will, nun, dann ist die SPD auch dafür gerüstet. Sie wird nicht einen Zentimeter von den Vorwürfen abgehen, die am 23. Januar die Außenpolitik dieser Regierung entlarvt und in die Ecke getrieben haben.

Aber heute und morgen bereitet man sich noch vor. Die CDU/CSU hat allen Grund dazu, denn auch in den letzten 24 Stunden ist nicht klarer geworden, was sie eigentlich außer den Atowaffen will. Der Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, von Eckardt, beispielsweise ließ Montagnachmittag durchblicken, man werde bis zur außenpolitischen Debatte aufzuklären versuchen, was Botschafter Smirnow mit dem Friedensvertrag gemeint habe. Nach seinen Ausführungen sollte noch vor Donnerstag ein Gespräch zwischen dem Bundeskanzler oder dem Außenminister und dem sowjetischen Botschafter stattfinden. Wenige Stunden später beantwortete Dr. Adenauer diese Frage damit, daß "Niemand" mit dem sowjetischen Botschafter sprechen werde. Offensichtlich will man also auch über dieser Frage Netelschleier liegen lassen, um sich vor klaren Antworten zu drücken. Über den deutschen Standpunkt zur Tagesordnung einer möglichen Gipfelkonferenz gibt es jetzt schon vier Versionen. Das Durcheinander ist also gerade groß genug. Vielleicht benutzt die CDU/CSU die noch verbleibenden 48 Stunden, um endlich zu klären, was sie eigentlich will.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel